

## Die WASG – eine zeitgenössische Arbeiterpartei. Ein Überblick über die kurze Geschichte der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“

Jochen Weichold

Welchen Charakter hatte die kurzlebige „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG)?<sup>1</sup> Um die Beantwortung dieser Frage hat sich in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Wissenschaftlern bemüht und darauf unterschiedliche Antworten gegeben. Der Sozialwissenschaftler Herbert Hönigsberger konstatiert, keine Partei sei „von den Daten, der Entstehungsgeschichte und dem Selbstverständnis her in einem so eigentlichen Sinn ‚Gewerkschaftspartei‘ wie die WASG“<sup>2</sup> gewesen. Die Politikwissenschaftler Eckhard Jesse und Jürgen P. Lang sehen in der WASG eher eine „Sozialstaatspartei“ denn eine „linke Sammlungspartei“.<sup>3</sup> Marian Künzel wirft die Frage auf, ob die WASG eine „Partei neuen Typs“ im Sinne einer organischen Verbindung von Partei und Bewegung gewesen sei, und kommt zu einem negativen Resultat.<sup>4</sup>

Christian Schiffer fragte danach, ob die WASG „gewerkschaftliche Interessensvertretung“ oder „Partei der neuen politischen Linken“ gewesen sei,<sup>5</sup> mochte sich allerdings zu keiner eindeutigen Antwort durchringen. Schiffer konstatiert einerseits, dass die WASG überdeutlich gewerkschaftliche Positionen widerspiegelte und organisatorisch mit den Gewerkschaft-

---

1 Die Bezeichnung und die Schreibweise der neuen Organisation variierten in der Anfangszeit ihrer Existenz. Auch die erste Abkürzung „ASG“ musste aus urheberrechtlichen Gründen in „WASG“ geändert werden, da das Weiterbildungsinstitut „Arbeitsgemeinschaft Sozialpädagogik und Gesellschaftsbildung e.V.“ (ASG) vor dem Landgericht Düsseldorf erfolgreich gegen die Verwendung des Kürzels durch die „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ geklagt hatte. Um das Verständnis der nachstehenden Ausführungen zu erleichtern, wird im Folgenden durchgängig die Bezeichnung „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) verwendet.

2 Herbert Hönigsberger: *Der parlamentarische Arm. Gewerkschafter im Bundestag zwischen politischer Logik und Interessenvertretung* (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 95), Berlin 2008, S.61.

3 Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: *DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München 2008, S.77f.

4 Siehe Marian Künzel: *Die Gründungsphase der Partei Die Linke – eine Partei neuen Typs?*, Berlin 2012, S.80f.

5 Siehe Christian Schiffer: *Die Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) – Gewerkschaftliche Interessensvertretung oder Partei der neuen politischen Linken?*, Diplomarbeit, München 2007.

ten verflochten war. Gewerkschaftliche Positionen mit einer Tendenz zur Restauration des fordistischen Wohlfahrtsmodells als Ziel hätten das Fundament des politischen Selbstverständnisses der Partei gebildet. Andererseits hält Schiffer fest, dass bereits in der Gründungsphase ein Teil der Initiatoren nicht ausschließlich eine gewerkschaftliche Interessensvertretung schaffen wollte und dass es nach der Gründung Parteimitglieder gab, die weniger den Gewerkschaften bzw. ihrem institutionalisierten Kern nahestanden, sondern sich aus sozialen Bewegungen und kleineren linken Gruppen rekrutiert hätten. Insofern könne man „von der WASG durchaus als einer Partei der neuen politischen Linken sprechen“,<sup>6</sup> meint Schiffer in deutlicher Überhöhung dieses Teils der WASG-Mitgliedschaft.

Derartig unterschiedliche Befunde wie „Gewerkschaftspartei“, „Sozialstaatspartei“, „gewerkschaftliche Interessenvertretung“ oder „Partei der neuen politischen Linken“ legen eine ganz andere These nahe – nämlich die, dass es sich bei der WASG um eine zeitgenössische Arbeiterpartei gehandelt hat. Dieser These soll im Folgenden nachgegangen werden.

Allgemein wird unter „Arbeiterparteien“ der politische Teil der Arbeiterbewegung verstanden und deren traditionell enge Verbindung mit den Gewerkschaften betont.<sup>7</sup> Arbeiterparteien haben „die Erkämpfung und die Wahrnehmung politischer Rechte der Arbeiter, die Verbesserung ihrer sozialen Stellung, durch staatliche Maßnahmen [...] sowie die Erringung bzw. Erweiterung der politischen Macht der Arbeiterschaft zum Ziel“.<sup>8</sup> Anders ausgedrückt: Sie erheben den Anspruch, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, und setzen sich in erster Linie für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für eine Lösung der „Sozialen Frage“ ein.<sup>9</sup> Mit Blick auf die der Arbeiterbewegung entstammenden sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien heben die Parteienforscher Florian Blank und Julia Tzschätzsch als Ideale dieses Parteitypus soziale Gleichheit und Gerechtigkeit hervor.<sup>10</sup>

---

6 Ebenda, S.72.

7 Siehe Arbeiterbewegung, in: Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeiterbewegung> (16.07.2012).

8 Ernst Fraenkel/Karl Dietrich Bracher (Hrsg.): Das Fischer Lexikon Staat und Politik, Frankfurt/Main 1964, S.25. – Ähnlich: Manfred G. Schmidt: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 2004, S.35.

9 Siehe Arbeiterpartei, in: Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeiterpartei> (16.07.2012).

10 Siehe Florian Blank/Julia Tzschätzsch: Parteitypen. <http://bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42045/eigenschaften-und-partieitypen> (16.07.2012).

### *Das Entstehen der WASG*

Die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit entstand vor dem Hintergrund der neoliberalen Politik der „Agenda 2010“ der von Gerhard Schröder und Joseph Fischer geführten Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen.<sup>11</sup> Insbesondere die Hartz-IV-Gesetzgebung<sup>12</sup> empörte vor allem linke sozialdemokratische Gewerkschafter und ließ sie über geeignete Reaktionen auf diese Politik nachdenken. So stellte Hans-Jürgen Urban, Funktionsbereichsleiter beim Vorstand der IG Metall, 2003 Überlegungen zu einem „radikalen Politikwechsel“ an, der auch die Gründung einer neuen linken politischen Kraft nicht ausschloss. In eine ähnliche Richtung gingen die Vorstellungen von Ralf Krämer, Gewerkschaftssekretär bei ver.di in Berlin, in seinem internen Strategiepapier<sup>13</sup> mit dem Titel „Für eine wahlpolitische Alternative 2006“.<sup>14</sup>

---

11 Zur nachfolgend dargelegten Genese und zu den Aktivitäten der WASG siehe Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), Bestand Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) – 078; Ruben Lehnert: Chronologie einer erfolgreichen Parteigründung, in: ADS, WASG – 129; Schiffer, Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit; Helge Meves: Die Chronologie der WASG und ihrer Kooperation mit der Linkspartei.PDS, in: Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin 2005, S.31f.; Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, in: Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeit\\_%26\\_soziale\\_Gerechtigkeit\\_%E2%80%93\\_Die\\_Wahlalternative](http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeit_%26_soziale_Gerechtigkeit_%E2%80%93_Die_Wahlalternative) (12.04.2012).

12 Die Hartz-IV-Gesetzgebung ist ein Teilresultat des sogenannten Hartz-Paketes, das von der unter der Leitung von Peter Hartz tagenden Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ entwickelt worden war. Das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen“ (kurz „Hartz IV“ genannt) trat am 1. Januar 2005 in Kraft und beinhaltete die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zum sogenannten Arbeitslosengeld II auf einem Niveau unterhalb der bisherigen Sozialhilfe. Zudem wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes aus der Arbeitslosenversicherung mit Wirkung vom 1. Februar 2006 deutlich reduziert. Da sich die Arbeitslosenhilfe in ihrer Höhe nach dem letzten Erwerbseinkommen richtete und damit bei einem Normalarbeitsverhältnis in der Regel höher war als die Sozialhilfe, bedeutet die Hartz-IV-Gesetzgebung einen gravierenden Einschnitt in die Lebensverhältnisse von Erwerbslosen. Siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Hartz-Konzept> (25.10.2012).

13 Ralf Krämer hatte seine Überlegungen zunächst in einem Strategiepapier dargelegt, das er mit Leuten aus seinem näheren Umfeld diskutierte und anschließend überarbeitete. Anfang 2004 verschickte er dann das erweiterte Strategiepapier mit dem Titel „Für eine wahlpolitische Alternative 2006“ sukzessive an rund 100 Personen, die er mehr oder weniger gut kannte. Siehe: „... die soziale Frage von links und populär wieder ins Spiel bringen“. Gespräch mit Ralf Krämer, in: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, Hamburg 2012, S.61-74, hier S.63.

14 Siehe Rudolf Speth: Navigieren ohne Kompass. Strategiebildung in Parteien und NGOs, Düsseldorf 2006, bes. S.60f. – Ein Eintritt in die PDS war für diese Kräfte aufgrund der geringen Verankerung dieser Partei in Westdeutschland und des ihr anhaftenden Negativ-

Anfang März 2004 begannen sich zwei Initiativen zu formieren, die „Wahlalternative 2006“ um Ralf Krämer sowie gewerkschaftsnahe Akteure wie Axel Troost, dem Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memorandum-Gruppe“), und dem Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“ Joachim Bischoff und die Gruppe „Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (ASG) um die IG-Metall-Funktionäre Klaus Ernst, Thomas Händel und Gerd Lobodda. Sie traten Mitte März 2004 mit eigenständigen Aufrufen an die Öffentlichkeit und „waren der organisationsförmig geronnene Protest gegen die Agenda 2010“.<sup>15</sup> Sie fühlten sich von der wachsenden Protestbewegung gegen die neoliberale Politik getragen, die mit dem Europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau am 3. April 2004 mit bundesweit etwa 500.000 Teilnehmern einen großen Erfolg verbuchen konnte.

Anfang Mai 2004 fand ein erstes Treffen von Initiatoren und Regionalkoordinatoren beider Initiativen statt, auf dem vereinbart wurde, die künftigen Organisationsstrukturen gemeinsam aufzubauen. Dies mündete Anfang Juli 2004 in die Vereinigung beider Initiativen in dem Verein „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“. Der große Zuspruch, den dieser politische Vorstoß fand, überraschte die Initiatoren und setzte sie unter Zeitdruck. „Wir waren nach dem Startschuss eigentlich immer Getriebene. Wir mussten immer schnell irgendetwas machen, einen Verein gründen, dann eine Partei, um bei der NRW-Wahl 2005 anzutreten“;<sup>16</sup> reflektierte Ralf Krämer im Frühjahr 2012.

Entgegen den Vorstellungen eines Teils der WASG-Führung, der auf einen langsameren und auf die Konsolidierung der Gesamtorganisation zielenden Prozess setzte, wollte die nordrhein-westfälische WASG unbedingt

---

Images keine Alternative. Die Option PDS bleibe hinter den Erfordernissen und den gesellschaftlichen Möglichkeiten dramatisch zurück, hieß es dazu im Aufruf der „Wahlalternative 2006“ vom 15. März 2004. Nach Ansicht der Autoren des Aufrufs sei die PDS „nicht in der Lage, den überwiegenden Teil des Potentials für eine wahlpolitische Alternative auszuschöpfen. Für einen Großteil des Potentials ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonstwie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen kommt sie nicht in Frage.“ In den letzten Jahren habe sie sich durch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin zusätzlich desavouiert. Sie erscheine als sehr auf sich selbst und auf das Mitregieren fixiert. Sie bzw. ihre führenden VertreterInnen seien offenbar für die notwendige klare und offensive und zugleich populär vorgetragene Gegenposition zum Neoliberalismus in der öffentlichen Auseinandersetzung weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet. Für eine wahlpolitische Alternative 2006, o.O., 15.03.2004, S.4, in: ADS, WASG – 129.

15 Oliver Nachtwey: Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit, in: Tim Spier u. a. (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S.155-184, hier S.173.

16 Gespräch mit Ralf Krämer, S.66.

an der dortigen Landtagswahl im Mai 2005 teilnehmen, was ohne den Parteistatus nicht möglich gewesen wäre. Dadurch sah sich die WASG-Führung genötigt, schneller als ursprünglich beabsichtigt die Gründung einer Partei anzuvisieren.<sup>17</sup>

Getragen wurde der Prozess von der Vereinsgründung zur Installation der Partei WASG und noch darüber hinaus von der anhaltenden Protestwelle gegen die „Agenda“-Politik, die sich insbesondere in Gestalt der „Montagsdemonstrationen“ manifestierte, eine Protestform, die auf die machtvollen Demonstrationen an diesem Wochentag im Herbst 1989 zurückging und wesentlich zur politischen Wende in der DDR beigetragen hatte. Zudem zeigte die sogenannte „Sonntagsfrage“, bei der die Wahlpräferenz erkundet wird, dass eine solche neue Partei mit einer beträchtlichen Zustimmung rechnen konnte. Die Bundesdelegiertenkonferenz der WASG Anfang November 2004 in Nürnberg fasste den Beschluss, eine Urabstimmung über die Gründung einer Partei WASG einzuleiten. In dieser Urabstimmung, deren Ergebnis kurz vor Weihnachten 2004 bekannt gegeben wurde, entschieden sich 96,07 Prozent der WASG-Mitglieder für eine Parteigründung.<sup>18</sup>

Daraufhin erfolgte am 22. Januar 2005 auf einer Gründungsversammlung in Göttingen – als typisches Top-Down-Projekt<sup>19</sup> – die Gründung der Partei „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“. Gut ein Vierteljahr später fand vom 6. bis zum 8. Mai 2005 der eigentliche Gründungsparteitag der WASG in Dortmund statt. Die Delegierten beschloss das Gründungsprogramm, die Satzung, die Beitrags- und Kassenordnung sowie die Schiedsordnung der WASG und wählten einen Geschäftsführenden und einen Erweiterten Bundesvorstand. Zu Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes bestimmten die Basisvertreter die ASG-Gründer Klaus Ernst und Thomas Händel, der das Amt des Schatzmeisters übernahm, sowie Axel Troost und die attac-Aktivistin Sabine Lösing. Die Programmatik der WASG orientierte sich an der „Leitidee der so-

---

17 Siehe „Es gibt kein Zurück“. Gespräch mit Klaus Ernst, in: Ernst/Händel/Zimmermann (Hrsg.), Was war?, S.47-59, hier S.53.

18 Siehe Meves, Chronologie, S.31.

19 Ralf Krämer hatte im erweiterten Entwurf seines internen Strategiepapiers vom 5. Februar 2004 für die erste Etappe des Organisationsaufbaus einen solchen Top-Down-Prozess vorgesehen, bis eine „kritische Masse“ an relevanten Personen und Gruppierungen“ gesammelt sei. Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative 2006, in: Ernst/ Händel/ Zimmermann (Hrsg.), Was war?, S.184-206, hier S.200. – Auch Axel Troost erklärte rückblickend die WASG-Gründung zur „reinen Kopfgeburt“, zu einer „Gründung von oben“: „Die WASG war eine Kopfgründung. [...] Alle haben einen Sprung über den eigenen Schatten gemacht“. Gespräch mit Axel Troost, in: ebenda, S.121-133, hier S.123, 125.

zialen Gerechtigkeit“.<sup>20</sup> In der Kurzfassung ihres stark von linkskeynesianischen Vorstellungen beeinflussten Gründungsprogramms betonte die WASG: „Wir wollen eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik: für Arbeit und soziale Gerechtigkeit! [...] Wir wollen verhindern, dass immer mehr Menschen zu Löhnen beschäftigt werden, von denen sie nicht leben können. Befristete Beschäftigung und Leiharbeit müssen wieder zur Ausnahme werden statt immer mehr zur Regel. Den Kündigungsschutz wollen wir verbessern, statt immer weiter abbauen. Arbeit muss sich lohnen – für alle!“<sup>21</sup>

Die WASG forderte einen Mindestlohn von 1.500 € im Monat bzw. von 9 € pro Stunde. Sie verlangte ein großes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau öffentlicher und sozialer Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Betriebe und Dienstleistungen lehnte sie ab. Sie wollte den Sozialstaat stärken, statt ihn zu demontieren, denn nur Reiche könnten sich einen armen Staat leisten. Die WASG forderte daher „gerechte Steuern“. Konzerne und andere profitable Unternehmen sollten deutlich mehr Steuern zahlen. Steuerschlupflöcher für Vermögende und Großverdiener müssten geschlossen, Spekulationsgewinne versteuert, der Spitzensteuersatz auf mindestens 47 Prozent angehoben, eine Vermögenssteuer eingeführt und die Erbschaftssteuer für Reiche erhöht werden. Erwerbslose sollten solidarisch abgesichert und die Verschlechterungen durch die Hartz-Gesetze zurückgenommen werden. Auch künftig müssten die Menschen mit spätestens 65 Jahren in Rente gehen können. In diesem Kontext plädierte die WASG für eine solidarische Bürgerversicherung für alle.

In ihrem Kurzprogramm erklärte die WASG, sie wolle den Interessen der abhängig Arbeitenden und sozial Benachteiligten wieder eine Stimme in Politik und Parlament verschaffen und Partner sozialer und demokratischer Bewegungen sein. Sie strebe ein breites Bündnis mit allen Menschen an, die mit ihr in dem Gedanken geeint sind, dass eine andere Politik machbar ist. Die WASG unterstrich: „Wir machen Druck für eine soziale Alternative. Wir sind die Opposition gegen ungerechte Politik. Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel. Eine solidarische Gesellschaft ist möglich, wenn die Interessen von Millionen mehr zählen als die der Millionäre, wenn die Menschen bestimmen und nicht das Kapital.“<sup>22</sup>

---

20 Siehe Horst Dietzel/Jana Hoffmann/Gerry Woop: Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG, Berlin 2005, S.7.

21 Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative WASG: Programm für eine bessere Zukunft, Fürth 2005, S.4.

22 Ebenda, S.15.

Das Programm markierte damit insbesondere jene Punkte, in denen die WASG-Gründer mit der Schröder-SPD über Kreuz lagen. Eine eher untergeordnete Rolle in diesem Programm mit seinem Schwerpunkt auf der Arbeitsmarkt-, der Wirtschafts- und der Steuerpolitik spielten die demokratische Gestaltung und der ökologische Umbau der Gesellschaft, Bildungsfragen oder Außen- und Sicherheitspolitik. Ralf Krämer definierte rückblickend das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, für Arbeitnehmerinteressen, für gerechte Verteilung, für machbare und zugleich entschiedene Alternativen gegen die herrschende Politik als „Kern der WASG“.<sup>23</sup> Ideologisch aufgeladene Begriffe wie der des „demokratischen Sozialismus“, auf den sich sowohl SPD als auch PDS in ihrer Programmatik beriefen, fehlten im WASG-Programm. Nach dem Willen der Parteigründer sollten so ideologische und weltanschauliche Hürden für einen Beitritt vermieden werden, um möglichst viele Menschen, die ihrem Widerstand gegen den Neoliberalismus auch auf diese Weise praktischen Ausdruck verleihen wollten, für das neue Parteiprojekt zu gewinnen. Axel Troost betonte später, dass „zahlreiche WASG-Mitglieder den Neoliberalismus ablehnen und sich deshalb engagieren, sich aber nicht unbedingt als AnhängerInnen eines Demokratischen Sozialismus bezeichnen würden“.<sup>24</sup> Ihr Parteiverständnis formuliert das Gründungsprogramm der WASG wie folgt: Die Partei „versteht sich als Sammlungsbewegung für Menschen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft. Uns führt das gemeinsame Anliegen für eine gerechtere Gesellschaft zusammen“.<sup>25</sup> Die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit beteiligte sich als Protestpartei und als Alternative zur herrschenden Politik insbesondere der SPD am 22. Mai 2005 an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und erreichte 2,2 Prozent bzw. rund 182.000 Stimmen. Ca. 50.000 ehemalige SPD-Wähler und ungefähr 60.000 bisherige Nichtwähler hatten diesmal für die WASG votiert.<sup>26</sup> Die konkurrierend angetretene PDS er-

---

23 Gespräch mit Ralf Krämer, S.74.

24 Axel Troost: Nur in Pluralität erfolgreich, in: Neues Deutschland (Berlin), 18.8.2006.

25 Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative: Gründungsprogramm der ASG, Fürth 2005, S.27, in: ADS, WASG – 129. – Ganz in diesem Sinne hatte Ralf Krämer, einer der strategischen Vordenker der WASG, Anfang Februar 2004 in dem bereits oben angeführten internen Strategiepapier als Ziel umrissen: „Es geht [...] in gewissem Maße auch um einen linken Populismus, der notwendig ist, um die Massen zu mobilisieren. Es geht nicht um eine neue explizit linkssozialistische Partei.“ Krämer, Alternative, S.193.

26 Siehe Janosch Steuerer: Eine neue Partei „links von der SPD“. Überlegungen zur Bedeutung nicht-etablierter Kleinparteien im politischen System Nordrhein-Westfalens am Beispiel der WASG und der Linkspartei.PDS, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen. Forschungen und Forschungsberichte, 2007, Nr. 38, S.97-124, hier S.120. – Das waren 27,5 Prozent bzw. 33 Prozent aller Stimmen, die auf die WASG entfielen.

hielt nur 0,9 Prozent der Stimmen. Die SPD verlor diese Landtagswahl mit 37,1 Prozent – einem Minus von 5,7 Prozentpunkten gegenüber der Landtagswahl 2000.<sup>27</sup> Bundeskanzler Schröder nahm dies zum Anlass, um vorgezogene Wahlen zum Deutschen Bundestag zu verkünden. Zwei Tage später trat der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine aus seiner Partei aus und unterbreitete das Angebot, bei der nächsten Bundestagswahl für ein Linksbündnis aus WASG und PDS zu kandidieren.

### *Die Bundestagswahl 2005*

Am 30. Mai 2005 fanden erste offizielle Gespräche zwischen den Bundesvorständen der PDS und der WASG statt. Das vorläufige Ergebnis dieser Verhandlungen bestand in der Absicht, die PDS in Linkspartei.PDS (LP.PDS) umzubenennen und für die Bundestagswahl die Kandidatur von Mitgliedern der WASG auf ihren Landeslisten zu ermöglichen. Am 17. Juni 2005 unterzeichneten Klaus Ernst für die WASG und Lothar Bisky für die PDS das später „Kooperationsabkommen I“ genannte Gesprächsergebnis, in dem eine Vereinigung beider Parteien nach spätestens zwei Jahren vorgeschlagen wurde. „Die Art der Vereinigung soll wie zwischen den Parteien ‚Die Grünen‘ und ‚Bündnis 90‘, wenn auch in umgekehrter Hinsicht, erfolgen.“<sup>28</sup>

Im Juni/Juli 2005 erreichte die prospektierte neue Linkspartei in mehreren Meinungsumfragen erstmalig mehr als zehn Prozent potenzieller Wählerstimmen. In einer späteren qualitativen Akteurs- und Expertenbefragung, die der Politikwissenschaftler Meinhard Meuche-Mäker in der ersten Jahreshälfte 2007 durchführte, waren sich die beteiligten Akteure aus beiden Parteien (sowohl der Bundes- wie der Landesebene) des einzigartigen „window of opportunity“ bewusst und übereinstimmend der Meinung, „dass es zur gemeinsamen Bundestagskandidatur von Linkspartei.PDS und WASG keine Alternative gegeben hätte“.<sup>29</sup>

Nachdem sowohl der Bundesvorstand der PDS als auch der Bundesvorstand und die Landesvorstände der WASG das vorläufige Ergebnis der

27 Siehe Der Fischer Weltatmanach 2006. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt/Main 2005, S.136, 154.

28 Gesprächsergebnis zwischen Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) und Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), 17.06.2005, in: ADS, WASG – 067.

29 Meinhard Meuche-Mäker: Der Blick von Innen. Die Sicht von Akteuren auf die Bildung der Partei DIE LINKE. Studie auf Grundlage leitfadengestützter Interviews mit Akteuren aus Linkspartei.PDS und WASG, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt/Ders. (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Berlin 2007, S.46-89, hier S.86.



Verhandlungen vom 30. Mai 2005 bestätigt hatten, beschloss ein Sonderparteitag der WASG am 3. Juli 2005 in Kassel eine Urabstimmung über Kandidaturen auf den Listen der Linkspartei zur Bundestagswahl 2005 und über die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses. In dieser Urabstimmung, die am 15. Juli 2005 abgeschlossen wurde, stimmten 81,8 Prozent der WASG-Mitglieder für eine Kandidatur auf den offenen Listen einer Linkspartei und 85,3 Prozent für die Einleitung eines solchen Diskussionsprozesses. Kurz darauf beschloss ein Parteitag der PDS mit 74,6 Prozent die Umbenennung in Linkspartei.PDS.<sup>30</sup>

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 erreichte die L.P.PDS 8,7 Prozent der Wählerstimmen und 54 Mandate. 44 Prozent ihres Elektorats in den alten Bundesländern bildeten ehemalige SPD-Wähler.<sup>31</sup> Das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap ermittelte, dass es der L.P.PDS bei dieser Wahl gelang, per Saldo 960.000 bisherige SPD-Wähler und 390.000 bisherige Nicht-Wähler für sich zu gewinnen.<sup>32</sup> Weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte die Linkspartei.PDS mit 16 Prozent der Stimmen bei den Arbeitern und mit 19 Prozent bei den Arbeitslosen.<sup>33</sup> Während die PDS über mehrere Bundestagswahlen hinweg bevorzugt von Menschen mit hoher formaler Bildung, Beamten, Angestellten und Arbeitslosen gewählt worden war, stimmten 2005 Menschen mit formal niedriger Bildung, Arbeiter und – noch stärker als früher – Arbeitslose überdurchschnittlich häufig für die Linkspartei. Durch das Zusammengehen von L.P.PDS und WASG gelang es somit, verstärkt in soziale Gruppen vorzudringen, die der PDS vorher eher ferngestanden hatten.<sup>34</sup> Die Politikwissenschaftler Harald Schoen und Klaus W. Falter konstatierten in diesem Kontext: „Gemessen an ihrer Attraktivität in verschiedenen sozialen Gruppen, hat sie [die Linkspartei – J. W.] sich – überspitzt formuliert – von einer Elitenpartei in Richtung einer Unterschichtpartei entwickelt.“<sup>35</sup> Man kann also davon ausgehen, dass das Image der WASG als den Protest gegen das Hartz-IV-Gesetz bündelnde „Sozialstaatspartei“ (oder besser: Arbeiterpartei) für den Wahlerfolg im klassischen Arbeitermilieu ursächlich war.

---

30 Siehe Neues Deutschland (Berlin), 16./17.7. 2005, 18.7.2005.

31 Siehe Christoph Kowalski: Die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005. Eine Analyse des Einflusses politischer Sachfragen und der Spitzenkandidaten auf die Wahlabsicht, Saarbrücken 2008, S.26.

32 Siehe DER SPIEGEL, Wahl 2005, 19.9.2005, S.62.

33 Siehe Kowalski, Linkspartei, S.28.

34 Siehe Harald Schoen/Jürgen W. Falter: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2005, Nr. 51/52, S.33-40, hier S.37f.

35 Ebenda, S.38; siehe auch Kowalski, Linkspartei, S.27-29.

Indirekt bestätigte das Ralf Krämer in einem Interview, in dem er konstatierte, dass der gewerkschaftliche oder klassenorientierte Ansatz in der PDS keine große Rolle gespielt habe: „Das starke soziale und arbeitnehmerorientierte Profil und die starke gewerkschaftliche Verankerung der LINKEN ist vor allem ein Erbe der WASG.“<sup>36</sup>

### *Kurs auf die neue Linkspartei*

Im Ergebnis der Bundestagswahl konnten zwölf Mitglieder der WASG auf den Listen der Linkspartei.PDS in den Bundestag einziehen. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag entwickelte sich in der Folgezeit zum Labor für die Schaffung einer neuen Linkspartei in Deutschland.<sup>37</sup> Anfang Dezember 2005 beschlossen die Vorstände beider Parteien im „Kooperationsabkommen III“, bis spätestens 30. Juni 2007 die freie Vereinigung der gesellschaftlichen Linken zu erreichen und so die erste wirklich gesamtdeutsche Partei der Bundesrepublik zu schaffen. In diesem Abkommen fanden die Akteure einen Kompromiss zur politischen Ausrichtung der geplanten Partei: „Zur Politik der neu gebildeten Partei sollen Widerstand und Protest ebenso zählen wie der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung und die Entwicklung über den Kapitalismus hinausweisender gesellschaftlicher Alternativen.“<sup>38</sup> In einer Urabstimmung vom 6. bis zum 30. März 2006 votierten 78 Prozent der WASG-Mitglieder für den Parteibildungsprozess und dafür, dass es nur noch um das „Wie“, nicht mehr um das „Ob“ gehe.<sup>39</sup>

Rund ein Fünftel der Mitglieder der WASG (darunter namentlich solche aus dem trotzkistischen Spektrum) war nicht bereit, den Weg der Verschmelzung der WASG mit der LP.PDS zur Partei DIE LINKE mitzugehen. Besonders stark war der Widerstand in den WASG-Landesverbänden Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Sachsen, aber mit dem „Leverkusener Kreis“ (LVK) um Markus Schlegel<sup>40</sup> und Matthias Fiege vor allem auch in Nordrhein-West-

36 Gespräch mit Ralf Krämer, S.72.

37 Siehe Gero Neugebauer: Von der SED/PDS zur Partei DIE LINKE. Oszillieren zwischen Demokratie und Extremismus?, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S.95-122, hier S.101.

38 Kooperationsabkommen III. Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG, Berlin, 06.12.2005, S.1, in: ADS, WASG – 067.

39 Siehe Lehnert, Chronologie.

40 Markus Schlegel war Mitglied des Bundesschiedsgerichts der WASG. Siehe ADS, WASG – 007.

falen.<sup>41</sup> Der nach eigenen Angaben rund 300 Mitglieder und 1.500 Interessenten zählende LVK<sup>42</sup> machte sich insbesondere für basisdemokratische Elemente, wie die Trennung von Amt und Mandat, stark und wandte sich gegen „die nicht eben demokratischen Praktiken auf der Vorstandsebene beider Parteien“. Markus Schlegel erklärte in einem Interview mit der „taz“ diplomatisch: „Mit einer PDS, die in Meckpom und Berlin gemeinsam mit der SPD in den Landesregierungen an der Umsetzung der Hartz-IV-Grausamkeiten mitarbeitet, gibt es erheblichen Diskussionsbedarf.“<sup>43</sup> Widerstand gegen ein Zusammengehen mit der L.P.PDS hatte es schon vor den Bundestagswahlen gegeben. So hatten sich am 31. Mai 2005 die Landesvorstände Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen in Leipzig getroffen, um über die vom Geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG mit der PDS geführten Gespräche zu einem Wahlbündnis zur Bundestagswahl im September 2005 zu beraten. In einer gemeinsamen Erklärung konstatierten die drei Landesvorstände, dass diese Gespräche „von großen Teilen der Parteibasis der WASG mit Skepsis, teils offen ablehnend beobachtet“ würden. Der vom Geschäftsführenden Bundesvorstand eingeschlagene Weg würde die Partei „vor eine Zerreißprobe“ stellen und eine Weiterentwicklung der Partei verhindern. Die drei Landesvorstände forderten eine Urabstimmung zur Frage „Soll die WASG zu den Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag eigenständig kandidieren?“ und die unverzügliche Einberufung eines Sonderparteitag zu dieser Problematik.<sup>44</sup> Ein Parteitag der WASG Sachsen stimmte Mitte Juni 2005 gegen ein Wahlbündnis mit der PDS und dafür, bei der Bundestagswahl im September 2005 eigenständig anzutreten. „Wir hatten 16 Jahre die Möglichkeit, in die PDS einzutreten, und haben das aus guten Gründen nicht getan“ erklärte WASG-Bundesvorstandsmitglied Andreas Wagner dazu.<sup>45</sup>

---

41 Gegen Markus Schlegel, Matthias Fiege und andere Mitglieder des LVK wurden Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Siehe taz – die tageszeitung, NRW-Ausgabe, 27.9.2005; ADS, WASG – 066, 068 und 114.

42 Siehe Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, in: Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeit\\_%26\\_soziale\\_Gerechtigkeit\\_%E2%80%93\\_Die\\_Wahlalternative](http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeit_%26_soziale_Gerechtigkeit_%E2%80%93_Die_Wahlalternative) (12.04.2012).

43 „Die Listenarithmetik stand fest“. Interview mit Markus Schlegel, in: taz – die tageszeitung, NRW-Ausgabe, 17.8.2005.

44 Siehe Erklärung der Landesvorstände Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen der WASG zu den Gesprächen über ein Wahlbündnis mit der PDS, Leipzig, 31.05.2005, in: ADS, WASG – 126.

45 Zitiert nach: Dresdner Morgenpost, 20.6.2005. Der Landesvorstand Sachsen änderte später seine Haltung. Trotz Kritik an der Linkspartei.PDS und am „Wie“ des Parteineubildungsprozesses erklärte er anlässlich der WASG-Urabstimmung am 6. März 2006: „Der Landesvorstand Sachsen bekräftigt sein entschiedenes Votum für einen Parteineubildungs-

Der anhaltende Widerstand in mehreren Landesverbänden der WASG gegen ein Zusammengehen mit der Linkspartei.PDS veranlasste den Bundesvorstand der Partei, sich insbesondere im Verlauf des Jahres 2006 mehrfach mit der Lage in der Gesamtpartei und mit der Situation in den Landesverbänden Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zu beschäftigen. Am 13. Mai 2006 entthob er die beiden Landesvorstände ihres Amtes und ersetzte sie durch Beauftragte.<sup>46</sup>

Entgegen den Beschlüssen des Ludwigshafener WASG-Parteitag vom April 2006 gegen Konkurrenzmandaturen von Linkspartei.PDS und WASG traten am 18. September 2006 bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin und bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern die dortigen Landesverbände der WASG gegen die LP.PDS an. Sie – aber auch Mitglieder aus anderen Landesverbänden der WASG – warfen den realpolitisch orientierten und auf Regierungsbeteiligung setzenden Landesverbänden der Linkspartei.PDS vor, eine „neoliberal weichgespülte Politik“<sup>47</sup> zu betreiben. „Die Linkspartei.PDS beteiligt sich in Berlin an der Umverteilung von unten nach oben“<sup>48</sup> kritisierte die Landesarbeitsgemeinschaft Berlinpolitik der WASG. Lucy Redler, die Spitzenkandidatin der WASG zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin, spottete, montags habe die Linkspartei.PDS gegen Hartz IV demonstriert, dienstags dann bei der Umsetzung geholfen. Die Folge sei: „Berlin ist die Hauptstadt der Arbeitslosen und der Armen.“<sup>49</sup> Die LP.PDS verlor bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin rund die Hälfte ihrer Stimmen und erreichte 13,4 Prozent. Die

---

prozess zwischen WASG und Linkspartei.PDS in Sachsen und im Bund unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften zur Schaffung einer gemeinsamen Neuen Linken.“ Er hob aber hervor: „Das Modell PDSplus und eine reine Fusion von Linkspartei.PDS und WASG sind zu wenig und gehen am Grundgedanken der Parteeinbildung vorbei.“ ADS, WASG – 126. – Andreas Wagner trat Ende April 2006 aus der WASG aus und wechselte als sozialpolitischer Berater zur Fraktion der rechtsextremen NPD im Sächsischen Landtag. Siehe RP-ONLINE (Rheinische Post), 28.4.2006. <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/wagner-erklaert-austritt-aus-wasg-1.2240406?ot=de.circit.rpo.PopupPageLayout.ot> (17.04.2012).

46 ADS, WASG – 053, 055, 056, 057, 058 und 064. – Der Berliner Landesvorstand der WASG klagte allerdings erfolgreich gegen seine Absetzung und wurde per Gerichtsentcheid wieder eingesetzt. Das Landgericht Berlin räumte dem Landesvorstand Berlin der WASG im einstweiligen Anordnungsverfahren das Recht zur Teilnahme an der Abgeordnetenhauswahl im September 2006 ein. Siehe Harald Bergsdorf: Die neue „Linke“. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008, S.65; ADS, WASG – 067.

47 Egbert Scheunemann: Kurzbericht vom Programmkonvent in Hannover, 02.10.2006. <http://de.groups.yahoo.com/group/WASG-Infos/message/710?var=0> (10.04.2012).

48 Landesarbeitsgemeinschaft Berlinpolitik der WASG: Bilanz einer Schiefelage. Fehlentscheidungen des Berliner SPD-Linkspartei.PDS-Senats, Berlin 2006, S.2.

49 Zit. nach: Frankfurter Rundschau, 8.9.2006.

WASG kam auf 2,9 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern erhielten die Linkspartei.PDS 16,8 Prozent und die WASG lediglich 0,5 Prozent der Wählerstimmen.<sup>50</sup>

Einige der Parteirebellen leiteten die Gründung neuer politischer Organisationen ein. Matthias Fiege, als einer der Sprecher des LVK, kündigte im September 2005 an, eine neue Partei mit dem Namen „Frieden und soziale Gerechtigkeit“<sup>51</sup> aus der Taufe heben zu wollen, weil sich die westdeutsche Linke mit der Kandidatur von WASG-Mitgliedern auf den Listen der Linkspartei.PDS „an die ostdeutsche [Linke – J.W.] verkauft“ habe.<sup>52</sup> Fusionsgegner, die eine sozialistische Ausrichtung ablehnten, gründeten die „Soziale Alternative für Gerechtigkeit“ (SAG), die in den Bundesländern Bayern, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen aktiv wurde. Im April 2007 schufen rund 60 Fusionsgegner um das frühere Landesvorstandsmitglied Lucy Redler die auf Berlin beschränkte, sozialistisch ausgerichtete Vereinigung „Berliner Alternative für Solidarität und Gegenwehr“ (BASG). Gleichfalls in Berlin wurde im Mai 2007 die Vereinigung „Wahlalternative Soziales Berlin“ (WAS-B) gegründet.<sup>53</sup>

Trotz dieser innerparteilichen Widerstände und ungeklärter inhaltlicher Differenzen zwischen WASG und Linkspartei.PDS (vor allem um die Frage der Regierungsbeteiligungen und die damit zusammenhängenden Kompromisse sowie den „demokratischen Sozialismus“ als Ziel gesellschaftlicher Veränderungen) waren bereits im Frühjahr 2006 die Weichen in Richtung einer gemeinsamen neuen Linkspartei in Deutschland gestellt.

WASG und LPPDS bestritten gemeinsam Wahlkämpfe in mehreren Bundesländern und Kommunen und beteiligten sich an der Mobilisierung gegen die Bolkestein-Richtlinie,<sup>54</sup> gegen die in der Agenda 2010 anvisierte Rente mit 67 Jahren, gegen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan, für einen gesetzlichen Mindestlohn und an der Vorbereitung weiterer globalisie-

---

50 Siehe Lehnert, Chronologie.

51 Siehe Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei. Die Kooperation der PDS und der WASG zur Bundestagswahl 2005, Saarbrücken 2008, S.59.

52 Siehe DER SPIEGEL, Wahl 2005, S.55.

53 ADS, WASG – 068.

54 Als Bolkestein-Richtlinie wurde die von EU-Binnenmarkt-Kommissar Frits Bolkestein als Entwurf Anfang 2004 vorgelegte Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt bezeichnet, die auf die weitgehende Liberalisierung dieser Leistungen hinauslief und in der geplanten Form zu einer einschneidenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der in diesem Bereich Beschäftigten geführt hätte. Die heftigen europaweiten Proteste bewirkten eine deutliche Abmilderung der Richtlinie in ihrer Ende 2006 beschlossenen Fassung. Siehe [http://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie\\_2006/123/EG\\_%C3%BCber\\_Dienstleistungen\\_im\\_Binnenmarkt](http://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie_2006/123/EG_%C3%BCber_Dienstleistungen_im_Binnenmarkt) (25.10.2012).

rungskritischer Proteste. Im September 2006 befasste sich ein Programm-Konvent in Hannover mit dem Selbstverständnis der neuen Linkspartei. Mitte November 2006 schuf ein WASG-Parteitag in Geseke die juristischen Voraussetzungen für den Parteieubildungsprozess und nahm den Leitantrag „Für eine vereinte Partei der Linken – gemeinsam gegen Neoliberalismus“ an.<sup>55</sup> Am 10. Dezember 2006 beschloss eine gemeinsame Bundesvorstandssitzung von Linkspartei.PDS und WASG die Gründungsdokumente der geplanten Partei DIE LINKE als Anträge an die parallelen Bundesparteitage beider Parteien in Dortmund. Auf dem 5. Parteitag der WASG im März 2007 in Dortmund stimmten 86,7 Prozent der Delegierten dem Verschmelzungsvertrag der WASG mit der LP.PDS<sup>56</sup> zu (314 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen).<sup>57</sup>

Vor dem Hintergrund dieses Abstimmungsergebnisses warb der Geschäftsführende Bundesvorstand der WASG im Anschreiben an die WASG-Mitglieder zu der nun anstehenden Urabstimmung vom 30. März bis zum 18. Mai 2007 über die Gründung der neuen Partei um Zustimmung: „Der Parteibildungsprozess hat längst begonnen [...]. Die Parteien wachsen auf allen Ebenen zusammen. [...] Es geht voran! Deshalb werben wir – auf Basis des eindeutigen Auftrags unseres Bundesparteitages – für Deine Zustimmung zur Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente. Deshalb bitten wir Dich, an dieser Urabstimmung teilzunehmen und mit JA zu stimmen.“<sup>58</sup> In dieser Urabstimmung sprach sich eine Mehrheit von 83,9 Prozent der WASG-Mitglieder für die Gründung der Partei DIE LINKE aus.<sup>59</sup> Ein außerordentlicher Parteitag der WASG am 15. Juni 2007 in Berlin machte schließlich endgültig den Weg frei für die Gründung der neuen Partei am 16. Juni 2007 in Berlin.<sup>60</sup>

---

55 Gleichzeitig lehnte der Parteitag der WASG in Geseke den zwischen SPD und Linkspartei.PDS im Stadtstaat Berlin ausgehandelten Koalitionsvertrag ab: „In der vorliegenden Form bewertet die WASG den Koalitionsvertrag als keine tragfähige Basis für eine glaubwürdige linke Politik in der Regierung. Wir als WASG könnten dem bisherigen Koalitionsvertrag so nicht zustimmen und erwarten von der Linkspartei in den von uns kritisierten Punkten eine Nachverhandlung.“ Koalitionsvertrag für Berlin – Keine Stärkung für die Linke. Beschluss des Bundesparteitages der WASG vom 18.11.2006; angenommen mit sehr großer Mehrheit. Pressemitteilung, 18. November 2006, S.2, in: ADS, WASG – 24 e.

56 Im Verschmelzungsvertrag firmiert die Linkspartei.PDS als „Die Linkspartei e.V.“.

57 Siehe Protokoll des 5. Parteitages der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) vom 24. und 25. März (2007) in Dortmund, in: ADS, WASG – 026.

58 ADS, WASG – 120.

59 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/urabstimmung-linkspartei-und-wasg-stimmen-fuer-fusion-a-483707-druck.html> (23.10.2012).

60 Rechtlich war die Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS ein Beitritt der

*Im traditionellen Arbeitermilieu verankert*

Aufbau und Struktur der WASG wiesen kaum signifikante Unterschiede zu den etablierten bundesrepublikanischen Parteien auf. Die WASG, die im gesamten Bundesgebiet aktiv war, gliederte sich in Landesverbände und diese in Kreis- und Ortsverbände. Höchstes beschlussfassendes Gremium der Partei war laut Satzung der Bundesparteitag, dem die Wahl des Geschäftsführenden und des Erweiterten Bundesvorstandes sowie der Mitglieder des Bundesschiedsgerichts oblag. Im Unterschied zu den Bundestagsparteien bestand die Führungsspitze der WASG nicht aus einem oder aus zwei (gleichberechtigten) Vorsitzenden, sondern aus einem Geschäftsführenden Bundesvorstand, zu dessen vier Mitgliedern auch der Schatzmeister der Partei gehörte. Der Erweiterte Bundesvorstand setzte sich aus 16 Mitgliedern zusammen.

Soziologisch gesehen war die WASG das Projekt einer Generation. Das typische WASG-Mitglied war männlich, hatte einen linkssozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Hintergrund, war in den westdeutschen Bundesländern beheimatet und zwischen 41 und 60 Jahren alt. Im März 2007 stammten 58 Prozent der WASG-Mitglieder aus dieser Altersgruppe.<sup>61</sup> Ein starkes Indiz für den gewerkschaftlichen Hintergrund war die Zusammensetzung des im Mai 2005 gewählten ersten Erweiterten Bundesvorstandes, von dessen 16 Mitgliedern zehn haupt- oder ehrenamtlich für die Gewerkschaften aktiv waren. In dem schon erwähnten Interview erklärte Ralf Krämer, die Gewerkschaften hätten für die WASG eine wichtige Rolle gespielt und viele Gewerkschafter durch ihr Engagement für das neue Projekt einen großen Einfluss ausgeübt. „Das betraf in allen Gewerkschaften eher die untere und mittlere Ebene. Die Organisationen als solche haben den Aufbau der WASG nicht unterstützt, aber eben auch nicht versucht, zu verhindern. Das war wichtig.“<sup>62</sup> Und Christine Buchholz betonte: „Die tiefe Verankerung in den Gewerkschaften war eine Besonderheit und eine Leistung der WASG.“<sup>63</sup>

Die mitgliederstärksten Landesverbände waren diejenigen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern. Die WASG hatte 86 Prozent ihrer Mitglieder in West- und nur 14 Prozent in Ostdeutschland (einschließlich Berlin). In den fünf ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen

---

WASG zur Linkspartei.PDS.

61 ADS, WASG – 71.

62 Gespräch mit Ralf Krämer, S.71.

63 „Gesplante Linke hatten wir schon genug“. Gespräch mit Christine Buchholz, in: Ernst/Händel/Zimmermann (Hrsg.), Was war?, S.33-45, hier S.37.

und Thüringen zählte die WASG im März 2007 nur ganze 838 Mitglieder – weniger als im Stadtstaat Berlin mit 840 Mitgliedern. Mehr als drei Viertel der WASG-Mitglieder waren männlich.<sup>64</sup>

Zu diesem oben skizzierten vorherrschenden Typ der Mitgliedschaft kamen Aktivisten sozialer Bewegungen wie attac, kritische Wissenschaftler, linke Publizisten, Anhänger der christlichen Soziallehre und Personen, die in der aufstrebenden neuen Partei die Chance sahen, für ihre politischen Vorstellungen einen neuen Resonanzboden zu finden. Namentlich trotzkistische Kräfte aus der „Sozialistischen Alternative“ (SAV) und dem „Linksruck“, aber auch von der PDS abgestoßene Linksradikale oder von dieser Partei enttäuschte Mitglieder traten der WASG bei und strebten in Führungspositionen.<sup>65</sup> Die Politikwissenschaftler Franz Walter und Tim Spier wiesen frühzeitig auf die aus dieser Heterogenität resultierenden Probleme hin: „Es bleibt schwer vorstellbar, wie langbärtige kommunistische Altkader, linkskeynesianische Wirtschaftsprofessoren, junge Attac-Aktivisten, traditionsorientierte Gewerkschaftsfunktionäre, sozial engagierte, aber doch zutiefst bürgerliche Kirchenlaien, arbeitslose Metallarbeiter und unqualifizierte Jungarbeiter auf einen gemeinsamen Nenner kommen sollen.“<sup>66</sup>

In der Tat resultierten aus dieser Heterogenität nicht wenige Konflikte, die die Existenz der WASG begleiteten und auch das Bundesschiedsgericht der Partei beschäftigten.<sup>67</sup> Das betraf unterschiedliche Organisationsvorstellungen (basisdemokratisches versus vertikal ausgerichtetes Organisationsverständnis nach dem Vorbild der IG Metall) ebenso wie die Kooperation bzw. den Verschmelzungsprozess mit der PDS bzw. L.P.PDS – vielfach kulminierend im Für und Wider zu Regierungsbeteiligungen. Damit verbunden waren unterschiedliche Antworten auf die Frage, ob die neue Partei mehr auf Sachpolitik oder mehr auf Protest setzen sollte.<sup>68</sup>

---

64 ADS, WASG – 71.

65 Christine Buchholz, Mitglied der „Linksruck“-Bundesleitung, ließ sich im Mai 2005 in den Erweiterten Bundesvorstand der WASG wählen. Im März 2007 schaffte sie den Sprung in den Geschäftsführenden Bundesvorstand. (ADS, WASG – 026). In Berlin wurde die SAV um Lucy Redler entristisch in der WASG aktiv, und es gelang ihr, den Landesverband der WASG zu dominieren. Siehe Jesse/ Lang, DIE LINKE, S.80.

66 Franz Walter/Tim Spier: Viel Lärm um nichts? Zu den Erfolgsaussichten einer neuen Linkspartei, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 2004, H. 6, S.328-337, hier S.336.

67 ADS, WASG – 113 bis 116.

68 Die Differenzen hinsichtlich der politischen Ausrichtung der neuen Partei führten bereits im Vorfeld des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007 zur Konstituierung innerparteilicher pressure groups aus Mitgliedern sowohl der L.P.PDS als auch der WASG. Dazu gehörten die „Antikapitalistische Linke“ um Sahra Wagenknecht, Ulla Jelpke, Cornelia Hirsch (alle drei L.P.PDS), Thies Gleiss und Sabine Lösung (beide



Im ersten halben Jahr nach der Parteigründung in der zweiten Januarhälfte 2005 stieg die Mitgliederzahl der WASG stark an. Doch schon im Spätsommer des Jahres war die Entwicklungsdynamik als Mitgliederpartei aufgebraucht. Von der Zeit nach der Bundestagswahl 2005 bis zum Frühjahr 2007 stagnierten die Werte zwischen 11.000 und 12.000 Mitgliedern und Eintritte und Austritte hielten sich auf relativ niedrigem Niveau die Waage.<sup>69</sup>

Im Unterschied dazu strahlte die Perspektive einer neuen gesamtdeutschen linken Partei auf die Wählerinnen und Wähler großen Charme aus. Das äußerte sich nicht nur in guten Ergebnissen bei der Bundestagswahl 2005 und zumeist bei jenen nachfolgenden Landtags- und Kommunalwahlen, bei denen beide politische Formationen gemeinsam antraten, sondern machte auch die im Juni 2007 aus dem Verschmelzungsprozess von WASG und L.P.P.D.S. hervorgegangene Partei DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2009 sehr erfolgreich.

Die Transformation der PDS und der WASG in die neue Linkspartei kann nach Auffassung der Politikwissenschaftler Dan Hough, Michael Koß und Jonathan Olsen in drei Entwicklungsstufen unterteilt werden: „eine Initial-Periode des gegenseitigen Skeptizismus und einer Haltung des Abwartens aufseiten der Mitglieder und Führer beider Parteien; eine spätere Periode der Euphorie und des guten Willens, als die neue Wahlallianz gestaltet wurde, um die Bundestagswahl 2005 zu bestreiten; und eine (noch unbeendete) Periode der nüchternen Auseinandersetzung mit Herausforderungen, der Konfrontation mit Enttäuschungen und des nach drücklichen Arbeitens, um den Fusionsprozess zur Reife zu bringen“<sup>70</sup>

Die eingangs gestellte Frage nach dem Charakter der WASG lässt sich auf der Basis des ausgebreiteten Materials<sup>71</sup> wohl am besten so beantworten:

---

WASG), die sich im März 2006 formierte, und die „Sozialistische Linke“ um Ralf Krämer, Christine Buchholz (beide WASG), Wolfgang Gehrcke und Ulla Lötzer (beide L.P.P.D.S.), die im August 2006 entstand. Siehe Jesse/Lang, DIE LINKE, S.102-105.

69 Die von der WASG für Ende 2006 mit 11.746 angegebene Mitgliederzahl der Partei musste nachträglich im September 2007 auf 8.944 Mitglieder nach unten korrigiert werden. Siehe [http://www.die-linke.de/index.php?id=55&no\\_cache=1&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=9&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=629](http://www.die-linke.de/index.php?id=55&no_cache=1&tx_ttnews%5BbackPid%5D=9&tx_ttnews%5Btt_news%5D=629) (12.04.2012). Das legt die Folgerung nahe, dass wahrscheinlich auch die anderen von der WASG angegebenen Mitgliederzahlen überhöht waren. Schlussendlich wäre die Mitgliederzahl der WASG im Zeitraum von Herbst 2005 bis Frühjahr 2007 auf Werte zwischen 8.000 und 10.000 Mitglieder anzusetzen.

70 Dan Hough/Michael Koß/Jonathan Olsen: *The Left Party in Contemporary German Politics*, Hampshire 2007, S.151f.

71 Das Archiv Demokratischer Sozialismus hat nun die in den Jahren 2010 und 2011 übernommenen Unterlagen der WASG erschlossen und über ein Findbuch der Forschung zugänglich gemacht. Archiv Demokratischer Sozialismus: Findbücher / 12. Bestand: Wahl-

Die WASG, die mit ihrem politischen Programm an die Idealvorstellungen des fordistischen Wohlfahrtsmodells der 70er-Jahre anknüpfte, repräsentierte diejenigen Arbeitnehmerschichten, die von den ökonomischen und sozialen Umbrüchen insbesondere des vergangenen Jahrzehnts betroffen oder bedroht waren, weniger diejenigen, die mit den heute modernsten Produktivkräften verbunden sind. Sowohl die bereits im Namen der WASG und schwerpunktmäßig in ihrem Programm zum Ausdruck kommende Forderung nach Arbeit und sozialer Gerechtigkeit als auch ihre Verankerung in den Gewerkschaften und ihre Wählerschaft, die sich hauptsächlich aus Arbeitern und Arbeitslosen zusammensetzte, legen nahe, die WASG als eine sozialstaatlich orientierte Protestpartei mit starker Verankerung im Gewerkschaftsmilieu zu beschreiben. In diesem Sinne handelte es sich bei der WASG um eine zeitgenössische Arbeiterpartei.